**Abschluss- und Wiederholungsprüfung 2022 im Ausbildungsberuf
Verwaltungsfachangestellte/Verwaltungsfachangestellter
Einstellungsjahr 2019**

Prüfungsbereich: Verwaltungsrecht und Verwaltungsverfahren

Lösungsskizze/Bewertungsbogen

Kenn-Nummer:	zu erreich. Punkte	Erst-korrekt	Zweit-korrekt	Prüfungs-aussch.
<p>1.</p> <p>D müsste fristgerecht gegen die Entscheidung Widerspruch eingelegt haben.</p> <p>Nach § 70 Abs. 1 S. 1 VwGO ist der Widerspruch innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe zu erheben.</p> <p>Nach § 70 Abs. 2 VwGO gelten die §§ 58 und 60 (1-4) entsprechend.</p> <p>Nach § 58 Abs. 1 VwGO beginnt die Frist für einen Rechtsbehelf nur dann zu laufen, wenn die Rechtsbehelfsbelehrung ordnungsgemäß erfolgte. Dies ist ausweislich des Hinweises erfolgt, damit gilt die Monatsfrist.</p> <p>Fraglich ist, wann der Fristbeginn ist.</p> <p>Nach § 31 Abs. 1 VwVfG finden die §§ 187 – 193 BGB für die Fristberechnung entsprechende Anwendung. (Lösung über VwGO und ZPO gleichwertig.)</p> <p>Nach § 187 Abs. 1 BGB wird der Tag des Ereignisses nicht mitgerechnet, sofern für den Anfang einer Frist ein Ereignis oder ein in den Lauf eines Tages fallender Zeitpunkt maßgebend ist.</p> <p>Ereignis ist die Bekanntgabe nach § 41 Abs. 1 VwVfG. Nach § 41 Abs. 5 VwVfG bleiben Vorschriften über die Bekanntgabe mittels Zustellung unberührt. Nach § 2 Abs. 1 VwZG ist</p>	<p>1</p> <p>1</p> <p>1</p> <p>2</p> <p>1</p> <p>2</p> <p>1</p> <p>(9)</p>			

Zustellung die Bekanntgabe eines Schriftstücks. D erhielt die Verfügung mittels Zustellungsurkunde nach § 3 VwZG am 31.08.2022.	(9) 4			
Tag der Bekanntgabe ist damit der 31.08.2022.	1			
Das Fristende bestimmt sich nach § 188 Abs. 2 BGB. Hiernach endet die Monatsfrist mit Ablauf desjenigen Tages, welcher seiner Benennung / Zahl nach dem Tag des Ereignisses entspricht. Es gibt allerdings keinen 31.09.2022. Fristende ist daher nach § 188 Abs. 3 BGB der 30.09.2022.	3			
D hat am 01.10.2022 seinen Widerspruch eingelegt. Damit ist der Widerspruch nicht fristgerecht eingegangen.	2 (19)			
2.				
Die Stadt Schlossheim müsste sachlich und örtlich zuständig sein.	1			
Nach § 89 Abs. 2 SOG LSA sind die Gemeinden für Aufgaben auf Grund dieses Gesetzes und für Aufgaben der Gefahrenabwehr zuständig, soweit keine anderen Regelungen getroffen wurden. Eine anderweitige Zuständigkeitsregelung ist vorliegend nicht ersichtlich. Daher sind die Gemeinden sachlich zuständig.	3			
Die Stadt Schlossheim müsste auch örtlich zuständig sein. Nach § 88 Abs. 1 S. 1 SOG LSA ist die Zuständigkeit der Sicherheitsbehörden grundsätzlich auf ihren Bezirk beschränkt. Bezirk ist nach § 84 Abs. 2 SOG LSA das Gemeindegebiet. DJ „D“ will den Song auf dem Volksfest in der Stadt Schlossheim spielen. Demnach ist die Stadt Schlossheim auch örtlich zuständig.	4			
Die Stadt Schlossheim ist sachlich und örtlich zuständig.	1 (9)			
3.				
Es ist zu prüfen, ob der Tatbestand der Gefahr gegeben ist.	1			
Gefahr ist nach § 3 Nr. 3a SOG LSA eine Sachlage, bei der im einzelnen Fall die hinreichende	(29)			

<p>Wahrscheinlichkeit besteht, dass in absehbarer Zeit ein Schaden für die öffentliche Sicherheit und Ordnung eintreten wird.</p>	(29)			
	2			
<p>Es müsste also zunächst das Schutzgut der öffentlichen Sicherheit bzw. das Schutzgut der öffentlichen Ordnung betroffen sein.</p>	1			
<p>(1) öffentliche Sicherheit nach § 3 Nr. 1 SOG LSA umfasst die öffentliche Sicherheit die Unverletzlichkeit der Rechtsordnung, der subjektiven Rechte und Rechtsgüter des Einzelnen sowie des Bestandes, der Einrichtungen und Veranstaltungen des Staates oder sonstiger Träger der Hoheitsgewalt.</p>	2			
<p>(Die Argumentation muss nicht so dezidiert erfolgt sein, sollte aber erkennen lassen, dass der Prüfling sich mit den Problemen rund um die Schutzgutverletzung auseinandergesetzt hat.)</p>				
<p>Die Unverletzlichkeit der Rechtsordnung meint den Schutz vor Verstößen gegen Gebots- und Verbotsvorschriften – also vor Zuwiderhandlungen gegen Straf- oder Bußgeldvorschriften (Nr. 3.1 zu § 3 AB SOG LSA).</p>				
<p>Eine Verletzung von Ge- oder Verbotsnormen ist vorliegend allerdings nicht ersichtlich. Insbesondere liegt der Straftatbestand der Volksverhetzung nach § 130 StGB nicht vor. Ferner kann auch nicht davon ausgegangen werden, dass durch das Abspielen eine Belästigung der Allgemeinheit eintritt und damit der Tatbestand des § 118 OWiG erfüllt wird.</p>	4			
<p>Auch subjektive Rechte und Rechtsgüter des Einzelnen werden durch das Abspielen des Liedes nicht verletzt. Es ist insbesondere nicht bekannt, dass „Layla“ eine real existierende Persönlichkeit ist, die sich in ihrem allgemeinen Persönlichkeitsrecht verletzt sehen könnte.</p>	3			
<p>Ferner sind weder der Bestand noch die Einrichtungen und Veranstaltungen des Staates betroffen.</p>	2			
<p>Somit ist die öffentliche Sicherheit nicht beeinträchtigt</p>	1			
<p>(2) öffentliche Ordnung Es könnte aber die öffentliche Ordnung betroffen sein. Nach § 3 Nr. 2 ist mit dem Begriff der</p>	(44)			

<p>öffentlichen Ordnung die Gesamtheit der im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung liegenden ungeschriebenen Regeln für das Verhalten des Einzelnen in der Öffentlichkeit, deren Beachtung nach den jeweils herrschenden Anschauungen als unerlässliche Voraussetzung eines geordneten staatsbürgerlichen Zusammenlebens betrachtet wird umfasst.</p>	(44)			
<p>Es scheint aber fraglich, ob das Abspielen des Songs „Layla“ die herrschenden Anschauungen verletzt. In den AB SOG LSA (Nr. 3.2) werden als Beispiele das Anbringen des Schildes mit der Aufschrift „Ausländer unerwünscht“ oder das ungebührliche Verhalten gegen Körperbehinderte genannt. Eine Vergleichbarkeit zu diesen Fällen liegt nicht vor.</p>	2			
<p>Ferner wurden in der Vergangenheit stets ähnliche Lieder gespielt, ohne dass hieran Anstoß genommen wurde. Es handelt sich beim Abspielen des Songs „Layla“ somit um kein Verhalten, welches die öffentliche Ordnung verletzt.</p>	4			
<p>Die öffentliche Ordnung ist ebenfalls nicht beeinträchtigt.</p>	1			
<p>Es mangelt also an der für das Vorliegen einer Gefahr nach § 3a SOG LSA notwendigen Schutzgutverletzung.</p>	1			
<p>Damit ist der Tatbestand des § 13 1. HS SOG LSA nicht erfüllt, es liegt keine Gefahr vor.</p>	1 (25)			
<p>II.</p>				
<p>1. Nach § 80 Abs. 1 S. 1 VwGO haben Widerspruch und Anfechtungsklage aufschiebende Wirkung. Nach § 80 Abs. 2 Nr. 4 VwGO entfällt diese aufschiebende Wirkung unter anderem dann, wenn die sofortige Vollziehung im öffentlichen Interesse oder im überwiegenden Interesse eines Beteiligten von der Behörde, die den VA erlassen oder über den Widerspruch zu entscheiden hat, besonders angeordnet wird.</p>	2			
<p>Entsprechend der Ziffer 2 der Verfügung der Stadt Schlossheim wurde die sofortige Vollziehung der Untersagungsverfügung zu 1 angeordnet. Der von D gegen diese Untersagungsverfügung eingelegte Widerspruch hat damit keine aufschiebende Wirkung.</p>	2 (57)			

<p>2. Aufschiebende Wirkung bedeutet, dass es der Behörde untersagt ist, die mit dem Verwaltungsakt intendierte Regelungswirkung in Kraft zu setzen. Jeglicher Vollzug des Verwaltungsaktes durch die Behörde ist untersagt. In vorliegendem Fall würde die aufschiebende Wirkung des Widerspruchs also dazu führen, dass DJ „D“ auf dem Volksfest auftreten könnte, ohne auf das Lied „Layla“ verzichten zu müssen.</p> <p>3. Sofern ein Widerspruch oder eine Anfechtungsklage gemäß § 80 Abs. 2 VwGO keine aufschiebende Wirkung haben, kann der Betroffene hiergegen einen Antrag nach § 80 Abs. 5 VwGO stellen. Hierbei kann das Gericht der Hauptsache die aufschiebende Wirkung in den Fällen des Absatzes 2 Satz 1 Nummer 1 bis 3a ganz oder teilweise anordnen, im Falle des Absatzes 2 Satz 1 Nummer 4 ganz oder teilweise wiederherstellen. Im Falle eines erfolgreichen Antrages würde dies auch dazu führen, dass „D“ auftreten kann, ohne auf das Lied „Layla“ verzichten zu müssen.</p>	<p>(57)</p> <p>4</p> <p>4</p> <p>(12)</p>			
Zwischensumme:	65			
Aufbau, Darstellung, Gedankenführung:	5			
Summe:	70			

Bewertungstabelle:

	Leistungspunkte		Leistungspunkte	Rangpunkte	Note
	70,00		68,60	15	1 (sehr gut)
unter	68,60	bis	66,50	14	1 (sehr gut)
unter	66,50	bis	64,40	13	1 (sehr gut)
unter	64,40	bis	62,30	12	2 (gut)
unter	62,30	bis	59,50	11	2 (gut)
unter	59,50	bis	56,70	10	2 (gut)
unter	56,70	bis	53,90	9	3 (befriedigend)
unter	53,90	bis	50,40	8	3 (befriedigend)
unter	50,40	bis	46,90	7	3 (befriedigend)
unter	46,90	bis	43,40	6	4 (ausreichend)
unter	43,40	bis	39,20	5	4 (ausreichend)
unter	39,20	bis	35,00	4	4 (ausreichend)
unter	35,00	bis	30,80	3	5 (mangelhaft)
unter	30,80	bis	25,90	2	5 (mangelhaft)
unter	25,90	bis	21,00	1	5 (mangelhaft)
unter	21,00	bis	0,00	0	6 (ungenügend)